

Das hat damit zu tun, dass wir schnell zum Telefonhörer greifen oder mal eine E-Mail schreiben und fragen: „Kannst du mir dieses oder jenes mal erklären?“ Ich bin sehr stolz darauf, dass wir fast nie übereinander, sondern miteinander gesprochen haben. In komplizierten Situationen haben wir über den Weg der Kirche dazu beigetragen, dass etwas besser wird. Ich erinnere da beispielsweise an den Versöhnungsprozess in Namibia.

Kirchen

Bleiberecht: Beer fordert Verbesserungen für Geflüchtete

Schwerte (epd). Die frühere NRW-Landtagsabgeordnete Sigrid Beer (Grüne) dringt auf Verbesserungen im Bleiberecht Geflüchteter. Sie erwarte, dass der im nordrhein-westfälischen Koalitionsvertrag festgelegte Grundsatz „Bleiberecht vor Abschiebung“ von der schwarzen-grünen Koalition im Unterschied zur schwarz-gelben Vorgängerregierung umgesetzt werde, sagte Beer auf einer Online-Tagung zum Thema „Flucht und Ehrenamt“ am Samstag in der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte.

Die schwarz-grüne Landesregierung müsse zudem die UN-Kinderrechtskonvention und die Istanbul-Konvention des Europarats aus dem Jahr 2011 auch im Hinblick auf Geflüchtete beachten, mahnte Beer. Das sei etwa mit Blick auf Frauen und Kinder aus Afghanistan und Syrien besonders wichtig. Bis 2022 saß die Politikerin für die Grünen im NRW-Landtag, zudem ist sie Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Kritik äußerte Beer an der Praxis der Behörden, dass Kinder trotz gelungener Integration für Vergehen ihrer Eltern in Haftung genommen würden, wenn diese zum Beispiel bei Klärung ihrer Identität gegen aufenthaltsrechtliche Bestimmungen verstoßen hätten und ausreisen müssten. Darüber hinaus sei es ein Skandal, wenn bei ermöglichter Wiedereinreise Behörden die Kosten für die Abschiebung bei den Betroffenen geltend machten. In der Praxis der Ausländerbehörden gebe es große Unterschiede bei der Auslegung der Vorschriften. Beer sprach sich für eine „strategische Allianz“ mit den Gutwilligen aus, um das Bestmögliche für die Menschen zu erreichen.

Volkan Baran, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW, sagte, Ehrenamtliche seien bei der Betreuung und Integration von Flüchtlingen aus der Ukraine unverzichtbar. Als Beispiel für die erfolgreiche Arbeit von Ehrenamtlichen nannte Oliver Targas von der Diakonie die sogenannten Welcome Points in Düsseldorf. Er betreut sechs dieser niedrighschwelligten Anlaufstellen. Gemeinsam sprachen sich Targas und Beer für mehr Verstetigung und Planungssicherheit für die Flüchtlingsarbeit aus.